

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Witte, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Willi Plumbach, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechanzahl: Für Anzeigen 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Wenn Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inferriorengebühren: die Ispalten Kolonialzeitung 20 Pf., Inserate von auswärts 30 Pf., im Restamtzeitung 1 Mk. Postfachkonto: Nr. 5253 Berlin. — Gewaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 74. Magdeburg, Donnerstag den 29. März 1917. 28. Jahrgang.

Deutsche Erneuerung.

Von der bevorstehenden Kanzler-Debatte im Reichstag, die auf das Ende dieser Woche hinausgeschoben ist, kann man nichts Schlimmeres sagen, als daß sie eine Debatte zu werden verspricht wie andre vorher. Zu Reden, die keine andre Folge haben als neue Reden, ist aber jetzt nicht mehr die Zeit. Die Welt ist seit 14 Tagen eine andre geworden durch den Uebergang Rußlands zur Demokratie und durch den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen uns. Deutschland steht gegen eine Allianz der Welt-demokratie. Will es sich behaupten — und es muß sich behaupten —, dann darf Deutschland nicht dort stehenbleiben, wo es jetzt steht.

Es ist selbstverständlich richtig — einem Sozialisten braucht es nicht erst gesagt zu werden —, daß es in den Demokratien nicht überall sehr freiheitlich zugeht und daß Deutschland nicht so bespotisch ist, wie es in den Zerrbildern erscheint, die seine Feinde von ihm entwerfen. Wir reden hier nicht von den Vorzügen und Nachteilen bestimmter Verfassungsformen im Innern, aber wir reden und müssen so eindringlich wie möglich reden von den

Wirkungen nach außen,

die sich aus diesem Gegensatz ergeben. Was im letzten Viertel des dritten Kriegsjahrs zu werden droht, das ist, um es einmal so auszudrücken, ein demokratischer Religionskrieg gegen Deutschland. Mag die Ueberzeugung nun unumstößliche Wahrheit oder verderblicher Irrwahn sein: die Völker der Welt sind nun einmal davon überzeugt und werden täglich mehr in die Ueberzeugung hineingezogen, daß ein Sieg der Freiheit in der Welt unmöglich ist, solange Deutschland bleibt, was es ist oder ihnen wenigstens zu sein scheint.

Diese Ueberzeugung ist eine Macht. Sie zu bekämpfen, genügt nicht das Glück und die Geschicklichkeit der Waffen allein. Die Welt muß erfahren und sich durch klaren Beweis davon überzeugen, daß sie nicht nur mit einem Kaiser, seinen Ministern und Generalen, sondern mit dem deutschen Volke selbst zu tun hat, das gegen sie kämpfen wird, solange es notwendig ist, um seine Ehre, Freiheit nach außen und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherzustellen, das aber jeden Augenblick bereit ist, Frieden zu schließen, ohne andre Völker zu zerschlagen, um

als freies Volk unter freien Völkern

zu leben. Dieser Beweis kann nur erbracht werden, wenn mit dem bestehenden System gebrochen wird. Wir dürfen im Deutschen Reich keine Volkvertretungen haben, die nicht wirklich durch das Wahlrecht, auf dem sie sich gründen, ihren Kanton verdienen, und wir dürfen im Deutschen Reich keine Regierung haben, die sich nicht nach außen deutlich sichtbar als Vertreterin des deutschen Volkswillens darstellt.

Wir brauchen also das parlamentarische System, und wir brauchen es nicht morgen oder übermorgen, sondern heute. Wenn sich nicht jene Leile des Deutschen Reichstags, die den freiheitlichen und friedlichen Bestrebungen der Volksmassen nahesteht, zu diesem Zwecke zusammenschließen, dann haben sie das weltgeschichtliche Gebot der Stunde nicht erkannt. Alle Rücksichten nach allen Seiten hin müssen gegenüber diesem einen Ziele verschwinden. Mag man dem oder jenem nachsagen, er strebe nach einem Ministerposten, mag der oder jener sich durch solche Wandlung benachteiligt fühlen, dies alles darf jetzt nicht gelten. Die Zeit verlangt Opfer von jedermann.

Was die Schwäche unsers Reichstags bewirkt, das ist

nicht nur die Zerspaltung der Parteien. Es ist auch — sprechen wir es offen aus — die

Furcht der Parteien vor der Verantwortung.

Es ist viel angenehmer, in dieser Zeit als einer von vielen keine Pflicht zu tun, als in den Vordergrund zu treten und Pflichten zu übernehmen, über deren Erfüllung Volk und Weltgeschichte urteilen werden. Auch diese Furcht muß heute überwunden werden. Unsere Abgeordneten taugen nicht schlechter zu den Regierungsgeschäften als die Abgeordneten irgendeines andern Parlaments.

Die deutsche Volkvertretung müßte sich sagen, daß sie das deutsche Volk selbst verkleinert, wenn sie vor den Aufgaben, die ihr die Weltgeschichte stellt, zurückschreckt. Sie allein ist imstande — und sie ist dazu imstande, wenn sie will —, die notwendige Erneuerung durchzuführen, ohne auch nur den allergeringsten Schaden für die nationale Verteidigung. Niemand, der die Situation auch nur einigermaßen begreift, kann wünschen, daß diese Kraft der Verteidigung, sei es auch nur für einen Augenblick, geschwächt werde. Gerade darum erwächst aber dem Reichstag die doppelte und dreifache zwingende Pflicht, auf dieser Erneuerung zu bestehen und sich mit tröstlichen Reden über eine kommende Reorientierung nicht mehr zufrieden zu geben.

Der Reichskanzler hat selber einmal gesagt, er kämpfe nicht für seine Person, denn eine einzelne Person sei in dieser Zeit gleichgültig. Das ist vollkommen richtig, wie ja der Reichskanzler überhaupt sehr viel Nichtiges gesagt hat, was freilich nicht beweist, daß unter seiner Verantwortung immer das Nichtiges getan worden ist. Wir halten den Reichskanzler für einen ehrlichen Mann, und darum hat er um so mehr das Recht, daß man ihm auch ehrlich seine Meinung sagt: Wir brauchen neue Männer und einen neuen Kurs.

—st.—

Wege zum Wahlrecht.

Der Reichskanzler kann in seinen Reden die Schwierigkeiten, die der Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage im Wege liegen, gar nicht schwer und gefährlich genug darstellen. Von sozialdemokratischer Seite ist ihm aber immer wieder entgegengehalten worden, daß er die Schwierigkeiten übertriebt, und neulich erst hat Scheidemann im „Vorwärts“ von den Zwirnsfäden und Strohhalm in gesprochen, über die keiner zu stolpern brauche, der ernstlich vorwärts will.

Woraus erklärt sich diese Meinungsverschiedenheit? Einfach daraus, daß man auf beiden Seiten von verschiedenen Voraussetzungen ausgeht. Wenn der Reichskanzler von der Wahlreform spricht, so denkt er nicht oder wenigstens nicht allein an das gleiche Wahlrecht, sondern an ein nur nicht allzu arges Pluralwahlrecht, das sich dem gleichen Wahlrecht möglichst weit annähert. Das ist nun klar, daß ein Staatsmann, der die Wahlreform machen will, ohne mit größter Energie auf das Ziel des gleichen Rechts anzustreben, auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen muß. Er wird von zwei Seiten herantreten: Von denen, die wollen, daß alles beim alten bleibt, und jenen, die Halbheiten kläglich und beschämend finden. Sat er aber aus dem Kreuzfeuer der Kritik mit Müß' und Not das „Prinzip“ eines

gemäßigten Pluralwahlrechts

gerettet, so beginnt dann aufs neue der Streit um seine Durchführung. Der mehr Stimmen haben soll als ein anderer und wieviel Stimmen er mehr haben soll, darüber kann zwischen den Parteien endlos verhandelt werden. Man kann z. B. 3 Jahre lang darüber streiten, ob ein Apothekergehälte eine oder zwei Stimmen haben soll, ohne daß dabei etwas Geheimes herauskommt.

Darum ist es ganz falsch, anzunehmen, daß von den beiden denkbaren Wahlreformen in Preußen der Uebergang zum Pluralwahlrecht die einfachere ist. Ist erst einmal dieser kümmerliche Gedanke über Bord geworfen, dann wird sich

schon herausstellen, daß hier eine große Aufgabe gestellt ist, die mit großen Mitteln gelöst werden muß, aber mit ihnen auch leicht gelöst werden kann.

Ein Kanzler und Ministerpräsident, der ohne Schwanken und Bedenken für das gleiche Recht in Preußen eintritt, hat nicht mehr nach zwei Fronten zu kämpfen, sondern nur nach einer Front. Vor ihm als Gegner steht eine kleine Gruppe, hinter ihm als sicheres Heer die ungeheure Masse des preussischen und deutschen Volkes. Schwankende würden bald mitgerissen werden, und der Widerstand würde kläglich zusammenschmelzen, sobald er sich einem geschlossenen Willen gegenüberstellt.

So kann Bethmann — er braucht nur zu wollen — eine Vorlage, die das

gleiche Wahlrecht in Preußen

fordert, im Landtag einbringen. Das Herrenhaus wird ihm die geringste Sorge bereiten, da dort durch die Einrichtung des Pairsschubs in jedem Augenblick jede gewünschte Mehrheit erzielt werden kann. Etwas schwieriger ist das Preussische Abgeordnetenhaus. Immerhin wäre es ein recht interessantes psychologisches Experiment, wie sich diese Versammlung verhalten würde, wenn sie wüßte, daß sie einem entschlossenen Staatsmann gegenübersteht, und daß darum mit einer Ablehnung der Vorlage die Sache selbstverständlich noch nicht erledigt ist.

Wie die Abgeordnetenhaus in einer solchen Situation mehr Mut als politischen Verstand, so würden sich der Regierung drei Wege eröffnen, auf denen sie zu ihrem Ziele gelangen könnte. Der erste ist die Auflösung des Hauses und die Vornahme von Neuwahlen unter der Parole der Wahlreform. Der zweite ist die Inkorporierung, die Einführung des gleichen Wahlrechts durch königliche Verordnung, also auf demselben Wege, auf dem das Dreiklassenwahlrecht entstanden ist. Der dritte Weg ist die Einführung des gleichen Landtagswahlrechts durch Reichsgesetz.

Der erste dieser drei Wege, die Auflösung, ist der unsicherste und schwierigste. Der zweite, die Inkorporierung, ist der einfachste und sicherste. Er bedarf des geringsten Apparats:

Ein Stück Papier und eine Feder genügt

Man wird einwenden, daß das Dreiklassenwahlrecht durch spätere Bestätigung der beiden Häuser des Landtags ein Stück Verfassung geworden, und daß der hier gewiesene Weg verfassungswidrig sei. Wenn aber der neue Landtag dann die durch Verordnung entstandenen Grundfragen auf neue befähigt, so ist die Verfassung wiederhergestellt. Der Weg, der jederzeit vom gleichen Wahlrecht zum Dreiklassenwahlrecht gegangen wurde, wird nur noch einmal in umgekehrter Richtung zurückgelegt. Der Reichskanzler hat einmal in einer Situation, in der man sich über ein Stück geschriebenen Rechtes hinwegsetzte, das Wort gesprochen: „Nur kennt kein Gebot!“ Und in der Presse des Auslandes heißt er seitdem der Mann mit dem Stück Papier. Warum soll ein Stück Papier, das der freiheitlichen Entwicklung Deutschlands im Wege steht, heiliger sein als das Stück Papier, das damals zerrissen wurde?

Der dritte Weg ist die Einführung des gleichen Preussenwahlrechts durch Reichsgesetzgebung. Hier wird sofort der Einwand erhoben werden, daß eine solche Vorlage nicht durch den Bundesrat zu bringen sei, da sie die Vertreter einiger kleinerer Staaten gegen das gleiche Wahlrecht entschieden sperrten. Das Problem, das uns hier interessiert, ist aber nicht, wie das gleiche Wahlrecht in allen Bundesstaaten, sondern wie es in Preußen eingeführt werden kann. Der Kanzler kann kein Reichsgesetz vorschlagen, das nur für Preußen bestimmt ist, ein Reichsgesetz muß auf eine allgemeine Formel gestellt sein. Gibt es hier keinen Ausweg? Man verfüge: „Die gesetzgebende Versammlung von Bundesstaaten mit mehr als 10 und fünfzig Einwohnern geht aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervor.“ Und siehe —

Wohltätigkeits-Abende

des 1. Ersatz-Bataillons Infanterie-Regiments 26
am 30. März und 2. April im Zirkus Blumenfeld.

Protectorat: Ihre Excellenz Frau General Sigi von Armin geb. von Voigts-Rheg.

Ehrenausschuss:

Gen. Frst. von Sydow, General der Infanterie, stellvertretender Kommandierender General des 4. Armee-Korps, à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. Excellenz von Hegel, Oberpräsident der Provinz Sachsen. Gen. von Meck, Generalleutnant und Kommand. der 18. Inf.-Brig. Nieftisch v. Witschau, Regierungspräsident. Sommer, Präsident der kgl. Eisenbahndirektion. Schilbe, Geh. Oberpostdir. Oberpostdirektor. Goldschmidt, Geh. Justizrat, Landgerichtsdirektor. Freyer, Oberpräsidialrat. Stern und Walther von Moudach, Oberst und Bezirkskommandeur. Graf von Pilati, Oberregierungsrat. von Alten, Polizeipräsident. Kleefeld, Oberregierungsrat. Reimarus, Oberbürgermeister. Schneider, Superintendent. Schmiedel, Bürgermeister. Schneidewin, stellvert. Stadterordnungsrichter. Wöhns, Geh. Raurat. Judiswerdt, kgl. Geh. Kommerzienrat. Morgenstern, Stadtrat und kgl. Kommerzienrat. Ottilie Wolf, Frau verm. kgl. Geh. Kommerzienrat. Dubigneau, kgl. Raurat, Stadtrat, Generaldirektor. Werner Fritze, kgl. Kommerzienrat, Ehrenbürger der Stadt. Marie Hennige, Frau verm. Kommerzienrat. Luise Polte, Frau verm. Kommerzienrat. Rabthege, kgl. Kommerzienrat und Oberamtmann. Strauß, kgl. Kommerzienrat. Wernecke, kgl. Kommerzienrat. Dr. Maire, Syndikus. Hugo Baensch, Fabrikbesitzer. Dr. iur. Haber, Verleger der Tageblattzeitung. Frau Helene Handwaldt, Gustav Gubbe, Fabrikbesitzer. Klavehn, Kaufmann und Rittergutsbesitzer. Sobell, Stadtrat. Müller, Stadterordner. Adolf Wittig, Rentier. Anton Völgel jun., Direktor des Zentraltheaters. Robert, Direktor des Wilhelmtheaters. Peggall, Stadterordner. Przewizinski, Direktor. Selma Rudolph, Kantarin. Moritz Schütze, Bankdirektor. Vogeler, Direktor des Stadttheaters. Paul Wohlfeld, sen., Buchdruckereibesitzer.

Für das 1. Ersatz-Bataillon Infanterie-Regiment 26: Staats, Oberleutnant a. D. und Kommandeur. Klemm, Major d. L. a. D.

Ausübende Künstler:

Fraulein Theresie Koffeg, Stadttheater
Elise Leschke, Stadttheater
Marie Mayer-Dörig, Stadttheater
Walek, Zentraltheater
Frau Maria Kommel, Schauspielhaus Leipzig
Fraulein Eleonore Schwarz, Stadttheater
Frau Gretl Wittig-Sedlmayr, Stadttheater
Fraulein Eka Storch, Stadttheater

Herr Siegfried Blumann, Stadttheater
Fritz Dub, Stadttheater
Ludwig Christ, Stadttheater
Friedrich Graf, Stadttheater
Friedr. Gros, Stadttheater
Raoul Lange, Stadttheater
Hermann Malak, Bühnenkünstler

Herr Hermann Nissen, Stadttheater
Richard Radow, Stadttheater
Herbert Kommel, Wilhelmtheater
Hans Schweikart, Stadttheater
Fritz Spielmann, Zentraltheater
Karl Wäcker, Stadttheater
Georg Walther, Stadttheater

Das gesamte Ballett des Stadttheaters und die Kapelle des 1. Ersatz-Bataillons Infanterie-Regiments 26, Leitung Herr Regimentskapellmeister Krüger
Ferner ein Künstler-Orchester, zusammengestellt und geleitet von Herrn Kapellmeister Blumann.

Der Arbeitsausschuss: Kommel. Malak. Katmann. Mengerling. Schad. Funke.

Anfang pünktlich 7 Uhr

Preise der Plätze:loge 6.10 Mk., Arena 5.10 Mk., Sperrst. 4.10 Mk., Tribüne 3.60 Mk., 1. Platz 2.60 Mk., 2. Platz 1.55 Mk., Stehplatz 0.80 Mk. einchl. Billetsteuer.
Billetverkauf bei Löffler & Wolff, Seckelschreiber und im Bureau des Zirkus Blumenfeld, Fernruf 690 (10-12 und 3-6).

Der Gesamterlös beider Abende wird in 6. Kriegsanleihe zugunsten der Hinterbliebenen gefallener 26er angelegt.

Zur Jugendweihe und Konfirmation
empfehlen wir
passende Geschenke
Buchhandlung Volksstimme
Große Münzstraße 3.

Zirkus Blumenfeld
Merelli-Theater
Sprechapparat nachm. 4 Uhr
Dr. Rinderwerk
Aussichtspostkarten
erst. Vertriebs-Veranstaltung

Lichtspiel CLOU
früher
Das große Schauspiel
Die schwarze Katze
2 Teile 2 Akte
1. Teil 3 Akte
2. Teil 3 Akte
heute ab 6 Akte
Spielstunden 2 Stunden
6 und 9 Uhr.

Stephanstollen
Zusammen Mich. Freherz
Täglich abends 7 Uhr
Konzert u. Gesangs-
Spezialitäten
Familien-Programm.

Fr. Meyers
Kun-, Bild- und
Schrift-Kunst
von morgen 8 bis
abends 6 Uhr
geöffnet.
Alle Arten Bilder
werden in dieser Zeit
beachtet.
Kunstsachen und Kunst-
gegenstände in allen
Preisen ausgelegt.
Schindlerstr. 1, 1.
Geöffnet 1898
auch für Kunstgegenstände
Mittwoch 1898

Das Recht
während
des Krieges
und des Genetz über den
Vaterländischen
Hilfsdienst
Preis 48 Pf.
Ein Buch, das Ansehen
gibt über Familienunter-
stützung, Wächterunter-
stützung, Kranken-
pflege, Miete, Arbeitslos-
geschick, Arbeitslosent-
schädigung, Arbeitslos-
versicherung, Arbeits-
losentgelt, Arbeits-
losentgelt, Arbeitslos-
entgelt, Arbeitslos-entgelt
und viele andere Fragen, die den
Rechtswissenschaftler
beschäftigen
Buchhandlung
Volksstimme

Stadt-Theater.
Mittwoch den 28. März
5. Abend. Helgeime Karten.
Schauspiel des kgl. Schauspielers
Hans Mühlhofer
Rönig Dedipus.
Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.
Donnerstag den 29. März
Sannhäuser.

Wilhelm-Theater.
Mittwoch den 28. März. 1/8 Uhr
Der Sterngüter.
Freitag den 29. März
Die Fledermaus.
Freitag den 29. März
Wie einst im Mai.
Samstag den 30. März
Der Zigeunerbaron.
Sonntag den 31. März
Gasparone.
Abends
Wie einst im Mai.
Freitag den 2. April
Reizf. Aida von Paul
Die Vollerweckten.

Wahalla
THEATER
(großer Theaterbau).

Sibirien
ein erschütterndes Drama aus
den Tagen eines Schicksals
in 2 Akte u. 5 Aufzügen
Vorher hat herrliche
Spezialitäten und
Varietäten-Programm.

**Kammer-
Lichtspiele**
Hermann Sudermanns
Meisternovelle
**Stein unter
Steinen**
**Panorama-
Lichtspielhaus**
Valdemar Psilander
in
**Die Flucht vor
der Liebe**
Anfang wochentags 4 Uhr.

Hühner **Stahlfabrikmaschinen repariert**
zurucht und zum Legen verk. auch nach außerhalb. Karte gen.
H. Schrader, Wallstr. 1a. Rogge, Arndtstraße 5

Palast-Theater Burg.
Spielplan vom 28. bis 30. März.
Kompos! Kompos! Kompos!
2. Film der Olga-Desmond-Serie 1917.
Seifenblasen
die Geschichte einer Liebe in 4 Akten. In der Hauptrolle
Olga Desmond.
Kompos! Kompos! Kompos!
Die Ehe des Herrn Mac Allen
Wer ist der Herr im Hause, der Mann oder die Frau?
Aufgeführt in 2 Akten.
Auch noch heute Dienstag das große Drama aus den Bergen
Der Lantenmacher von Mittenwald.
3831 Die Leitung. Otto Wohlforth.

ZENTRAL
THEATER
Sprechapparat
Die Fahrt ins Glück
Freitag: 26
Jubiläum-
Aufführung
am 25. März
Die Fahrt ins Glück

**Erste Magdeburger
Sprechapparat-Klinik.**
Sprechapparat, Sprachheilmittel, Gehör-
apparat, Stimmapparat, Kehlkopf, Nasen-
apparat, Hals-, Brust-, Rücken-, Magen-
apparat, Nerven-, Blut-, Kreislauf- und
andere Krankheiten.
V. Kap. Rathenowerstr. 2

Salzquelle.
Gente Wolk jeter Mittwoch anfangend
Or. Militär-Konzert
Mittwoch 7.4 Uhr
Konzert 20 Uhr. - Militär für 4 Uhr.

gerade dieses Meer zu besiegen.

Und doch ist alles Sehnen nach bessern Lebensbedingungen stets aufs innigste verknüpft gewesen mit dem Kampfe gegen die Bureaucratie. Denn es war jedem dieser Kämpfer klar, daß erst diese Organisation gebrochen werden müsse, bevor an eine Beteiligung des Volkes am politischen Leben gedacht werden könne.

Auch die Schaffung der „Grundgesetze“ nach der Revolution von 1905 hat die Organisation keineswegs gebrochen. Den jetzigen Neuschöpfern Rußlands steht noch eine gewaltige Arbeit bevor, ehe sie hier an einem Ziele stehen werden. Die Schäden, an denen Jahrhunderte gearbeitet haben, lassen sich nicht in Monaten aus der Welt schaffen.

Die jetzige Bewegung, die in wenigen Tagen äußerlich mehr erreicht hat als irgendeine der früheren, hat mit jenen gemeinsam den Umlaß, aus dem sie erwachsen ist. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß in Rußland Krieg und innere Reform stets Hand in Hand gehen. Der Krimkrieg brachte als innere Folge die Befreiung des russischen Bauern von der Leibeigenschaft, die ostasiatische Niederlage die Schaffung der Grundgesetze von 1905, und der Weltkrieg, den wir erleben, die Emanzipation der Duma von den Banden zarischer Selbstherrlichkeit. Es gehören stets

gewaltige äußere Erschütterungen

dazu, um das Innere dieses Riesereichs in Bewegung zu bringen. Der Weltkrieg deckte die Schäden der russischen Verwaltung in Beispielen auf, die jedem einzelnen an Haut und Magen gingen, und so brachte der Hunger Kräfte zum Erwachen, die sonst wohl noch träge weitergeschlummert hätten.

Daran ist ja nach den nun vorliegenden Meldungen nicht mehr zu zweifeln, daß den ersten Anstoß zur jüngsten russischen Revolution die Petersburger Hungerevoluten gegeben haben. Die führenden Elemente der russischen Duma, das heißt, die gemäßigten Links-Parteien, nahmen den Anlaß wahr, vereinigten sich mit den hungernden Massen und den, wie es scheint, längst mit der herrschenden Ordnung unzufriedenen Teilen der Armee, und so brachten sie eine Bewegung zustande, der sie heute noch den Namen geben, die aber morgen schon über sie hinwegschreiten kann, wie sie in mancher Beziehung ja schon über sie hinweggeschritten ist.

Das U-Boot im Herrenhaus.

Das Preussische Herrenhaus, das nach dem feststehenden Auftreten des Grafen Yorck und nach den bewegten Verhandlungen im Abgeordnetenhaus in der letzten Zeit im Mittelpunkt der innerpolitischen Auseinandersetzungen stand, hat am gestrigen Dienstag nach längerer Pause seine Verhandlungen wieder aufgenommen, um in drei bis vier Tagen nicht nur den gesamten Etat, sondern auch alles sonst vorliegende Material aufzuarbeiten und zu erledigen.

Da auf der Tagesordnung dieser ersten Sitzung auch der vielörterte Antrag des Grafen Goensbroeck über den U-Boot-Krieg stand, erwartete man in weitem Kreise eine Art großen Tag, soweit man davon beim Preussischen Herrenhaus überhaupt reden kann. Die Tribünen, auf denen sich sonst einige müßige Leute in behaglicher Wärme die Zeit zu vertreiben pflegen, waren dicht gefüllt, und auch die „Herren“ selbst waren in auffallend großer Zahl erschienen. Der Ministerpräsident, dessen Erscheinen in einzelnen Blättern angekündigt war, blieb der Sitzung jedoch fern, und wird wohl auch der Staatsberatung fernbleiben. Ihn vertrat der zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums avancierte Minister v. Breitenbach, der, je mehr sich Herr v. Bethmann-Sollweg ausschließlich den Reichsgeschäften widmen muß, ihm die Vertretung leitender politischer Fragen vor den beiden Häusern des Landtags abnimmt.

Die Beratung begann mit einer Mitteilung des Präsidenten, daß mehrere Unterzeichner des Goensbroeck'schen Antrags, darunter die liberalen Stadthaupter von Breslau, Bromberg und Liegnitz, nachträglich ihre Unterschrift zurückgezogen haben. Der Antrag lautet:

Das Herrenhaus wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß, nachdem zur Freude aller Patrioten der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eröffnet ist, nunmehr ohne Rücksicht auf irgendwelche Einsprüche durch die kraftvolle Anwendung aller Kampfmittel ein ehrenvoller, die politische und wirtschaftliche Zukunft des Vaterlandes sichernder Friede erstrebt wird, der den gebrachten Opfern entspricht.

Hierzu lag ein Abänderungsantrag v. Oldenburg-Jenußau vor:

Das Herrenhaus gibt seiner Freude Ausdruck, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eröffnet ist, weil nur durch die rücksichtslose, durch keinerlei Einflüsse abgeschwächte Durchführung desselben in Verbindung mit der kraftvollen Anwendung aller Kampfmittel ein ehrenvoller, die politische und wirtschaftliche Zukunft des Vaterlandes sichernder Friede erlangt werden kann, der den gebrachten Opfern entspricht.

Dieser Antrag wird u. a. unterstützt vom Großadmiral v. Koester, dem Grafen v. Mirbach-Sorquitten, dem Fürsten zu Salm-Gorstmar und dem Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein.

Die Regierung begnügte sich mit der Abgabe einer kurzen und kühlen Erklärung. Herr v. Breitenbach sagte, daß sie sich jeden Eingriff in die kaiserliche Kommandogewalt verbitten müsse, und daß, falls wider Erwarten eine Besprechung gewünscht werde, die ganze Frage, zumal wenn sie mit innerpolitischen Angelegenheiten verknüpft werde, in das Dunkel einer Kommission vertopfen werden müsse.

Diesem Vorschlag stimmte der Antragsteller zu und Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Bruder der Kaiserin, der infolge einer Palastrevolution in der konservativen Herrenhausfraktion provisorisch zu deren Vorsitzenden gewählt worden ist, schlug als Mitglieder dieser Kommission u. a. vor sich selbst, den Fürsten zu Salm-

Gorstmar, Herrn v. Tirpitz, Herrn Krupp von Bohlen-Salbach, den früheren deutschen Gesandten in London, Fürsten Schinowofsky, sowie die Antragsteller Goensbroeck und Oldenburg.

Mit der Verweisung an die Kommission hat, wenn auch die Zusammensetzung der Kommission allen nur denkbaren extrem-konserverativen Wünschen in weitestem Maße entgegenkommt, die stärkere Tonart im Herrenhaus eine Niederlage erlitten, die äußerlich durch die Vorstandskrisis zum Ausdruck gelangt ist. Alle drei Vorstandsmitglieder, Graf Seydlitz, Graf v. Behr und Herr v. Buch, haben ihre Ämter niedergelegt, weil sie auf einer öffentlichen Erörterung des Antrags Goensbroeck bestanden. Die Verweisung an eine Kommission wurde widerspruchslos beschlossen.

Elfaß-Lothringen.

In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags am Dienstag wurde die Beratung über die Zustände in Elfaß-Lothringen fortgesetzt. In ihrem Verlauf erklärte der Kriegsminister v. Stein:

Nachdem die Auffassung des Kriegsministeriums über die Durchführung der Schutzhaft an die Kommandierenden Generale gelangt ist, haben sich die Herren selbstverständlich auf den Boden dieser Auffassung gestellt und handeln auch danach. Wo etwa noch gefehlt wird, werde sofort eingegriffen werden, jedoch müsse er immer wieder betonen, daß die Durchführung bei der großen Zahl der Fälle nicht so schnell vor sich gehen könne. Um den Kampf um die französische Sprache habe er sich nicht gekümmert; er habe auch den Eindruck, daß hierbei über das Ziel geschossen werde. Niemand habe er behauptet, daß alle Elfaß-Lothringer verdächtig seien; im Gegenteil, er habe stets betont, daß ein sehr großer Teil der Elfaß-Lothringer sich durchaus einwandfrei verhalte und für seine Haltung sogar Anerkennung verdiene. In bezug auf den Reichstagsabgeordneten Lébéque habe er gestern verfügt, daß der Abgeordnete volle Bewegungsfreiheit im Deutschen Reich habe, auch sei vom Kriegsministerium der Antrag telegraphisch an den Befehlshaber in dem Bezirk des Wohnorts des Abgeordneten gestellt, daß der Abgeordnete in seinem Heimatort zurückkehre.

Oberst v. Wrisberg aus dem Kriegsministerium teilt noch mit, daß in einer weiteren Reihe der vorgebrachten Fälle die Maßnahmen zurückgenommen worden sind.

An der Besprechung beteiligten sich noch die Abgeordneten Gaas, Dittmann, Schiffer, Böhle und Landsberg.

Schiffer brachte folgende Resolution ein:

Nach der Auffassung des Reichstags, welche mit der Auffassung des Erlasses des Obermilitärbefehlshabers vom 23. Januar 1917 übereinstimmt, fallen die in Elfaß-Lothringen gegen deutsche Staatsangehörige angeordneten, aus Gründen, die in der Person des Betreffenden liegen, erfolgten, nicht lediglich vorübergehenden Ausweisungen, ebenso die Verurteilung der Rückkehr nach Elfaß-Lothringen in solchen Fällen unter die Aufenthaltbeschränkungen, für welche der in dem Reichsgesetz vom 4. Dezember 1916 geregelte Rechtschutz gilt.

Der Kriegsminister erklärte, daß er mit der Auffassung dieser Resolution vollkommen übereinstimme. Darauf wurde auf Antrag Landsberg beschlossen, an Stelle der „Auffassung des Obermilitärbefehlshabers vom 23. Januar 1917“ zu sagen „heutigen Erklärung des Kriegsministers“. Mit dieser Abänderung wurde die Resolution Schiffer einstimmig angenommen.

Seure Kartoffeln.

„Wir klagen,“ schreibt das Pariser Blatt „Le Devoir“, daß wir in Paris 1 Frank (80 Hg.) für das Kilo (2 Pfund) Kartoffeln bezahlen müssen, und mit geheimem Neide denken wir, um wieviel besser es in dieser Beziehung doch die Leute in der Provinz haben. Aber das war einmal. Man meldet uns z. B. aus Belgien:

Für den von der Presse so dringend befürworteten Anbau von Kartoffeln übersteigt die Nachfrage bei weitem das Angebot. Heute morgen wurden die Kartoffeln im Großverkauf noch mit 60 Frank (48 Mark) für den Doppelzentner abgegeben. Angesichts der Unmenge von Käufern wurde indessen der Verkauf eingestellt, und als er am Nachmittag wieder aufgenommen wurde, kam der Zentner Kartoffeln auf 80 Frank (64 Mark).

Wenn schon die Bauern das Kilo mit 80 Centimes bezahlen müssen, so wird man sich in Paris noch auf ganz andre Preise gefaßt machen müssen. Uebrigens sollen viele Landwirte bei diesen unerhörten Preisen für Saatkartoffeln ganz darauf verzichteten, Kartoffeln zu bauen. Und das wird man ihnen nicht verdenken können.

Notizen.

Abreise des deutschen Gesandten in China. Der deutsche Gesandte in Peking ist mit dem Personal der Gesandtschaft nach Schanghai abgereist, wo er sich auf dem holländischen Dampfer „Rembrandt“ nach San Francisco einschiffen wird. Von dort wird er durch die Vereinigten Staaten wahrscheinlich nach Holland weiterreisen. — China trifft nach einem veripäet eingetroffenen Funkpruch des Peking-Bureaus Vorkehrungen, die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft und der Konsulate über die Vereinigten Staaten nach Deutschland zurückzuführen und hat sich die Zustimmung des Staatsdepartements zu ihrer Reise quer durch den Kontinent unter freiem Geleit gesichert. Das ist die Lösung einer Frage, welche, wie man beim Abbruch der Beziehungen Chinas zu Deutschland glaubte, ungewöhnliche Schwierigkeiten bieten mußte, weil das einzige neutrale Gebiet, wohin die deutschen Beamten über Land hätten gelangen können, China ist.

Die „Appam“ ausgeliefert. Wie wir bereits kurz mitgeteilt haben, hat der amerikanische Oberste Gerichtshof die sofortige Uebergabe der „Appam“ an die britischen Eigentümer angeordnet. Diese Uebergabe an England ist die Ausführung der vor kurzem gemeldeten Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten, daß die „Appam“ eine amerikanische Neutralität verleihe, als sie unter der deutschen Prisenmannschaft nach Hampton Roads gebracht wurde. Die „Appam“, ein früheres britisches Handelsfahrzeug, war von der „Mäve“ auf der ersten Fahrt erbeutet, mit einer besondern Mannschaft versehen, und von dieser unter Leutnant Berg nach Old Point (Virginia) geführt und später in Hampton Roads interniert worden. Das amerikanische Prisen-gericht (und jetzt auch der Oberste Gerichtshof) hatte entschieden, daß das Schiff seinen früheren englischen Eigentümern zurückzugeben sei, weil eine gültige Prisen durch Geleitschiffe eingebracht werden müsse.

Herabsetzung militärischer Mindeststrafen. Der Gesetzentwurf, der die teilweise sehr wesentliche Herabsetzung militärischer Mindeststrafen vorsieht, ist in der Kommission in erster und zweiter Lesung ohne wesentliche Änderungen angenommen worden. Die von den Abgeordneten Davidsohn, Landsberg und Stadthagen gestellten Änderungsanträge fanden keine Mehrheit. — Es ist nunmehr beabsichtigt, den Entwurf am Freitag in zweiter und dritter Lesung auch im Plenum zu erledigen, damit die Gerichte schon von jetzt ab nicht mehr an die bisher geltenden enorm hohen Mindeststrafen gebunden sind. Die auf Grund der jetzt abgeänderten Paragraphen bereits verurteilten Angehörigen des Heeres sollen im Gnadenweg eine entsprechende Verminderung der erkannten Strafen erfahren.

Höhentamm in Rumänien gestürmt

W. Z. B. Großes Hauptquartier, 28. März, 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Bei der Mehrzahl der Armeen verlief der Tag ruhig; auch im Gelände beiderseits von Somme und Duse kam es nur zu kleinen Kampfhandlungen.

Wie erfolgreich unsere Truppen ihre Aufgaben dort lösten, erhellt daraus, daß auf dem Gefechtsfeld vom 26. März zwischen Lagnicourt und Wardies etwa 1000 tote Engländer gezählt wurden.

Westen erlitten die Franzosen auf dem Westufer der Oise bei La Fère beim Scheitern eines Vorstoßes blutige Verluste. In der Champagne wurden einige französische Gräben südlich von Ribout genommen. Dort und bei Unternehmungen südlich von St.-Souplet und bei Tature sind 300 Franzosen gefangen, mehrere Maschinengewehre und Minenwerfer erbeutet worden.

Nördlich von Reims und in den Ardennen in untrer Stellung gedrungene feindliche Erkundungsabteilungen wurden im Gegenstoß vertrieben.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern. Zwischen Meer und Karpathen hat das Frühjahrstauwetter eingesetzt, das größere Gefechtsaktionen ausschließt.

Die heute aus den Kämpfen an der Schitsera hat sich auf 20 Minenwerfer und 11 Maschinengewehre erhöht.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph. Bei einer Streife am Nordosthang des Ceman in den Waldkarpathen brachen Stoßtrupps in die russische Stellung, sprengten mehrere Unterstände und kehrten mit einigen Gefangenen und Beutestücken zurück.

Am Magyars schlug ein Angriff der Russen fehl. Südlich des Uztals wurde von unsern Truppen ein hart verschanzter Höhenkamm gestürmt und gegen mehrmalige Gegenangriffe gehalten. 150 Gefangene, einige Maschinengewehre und Minenwerfer blieben in unserer Hand.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radensky und an der mazedonischen Front

Vorfeldgeachte und zeitweilig auflebende Artillerietätigkeit. Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Depeschen. Zwei englische Torpedoboote gesunken. W. Z. B. London, 27. März. Die Admiralität gibt bekannt: Ein britischer Torpedobootezerstörer stieß kürzlich im Kanal auf eine Mine und sank. Vier Offiziere und 17 Mann wurden gerettet. Ein anderer Zerstörer stieß mit einem Dampfer zusammen und sank. Ein Mann verlor dabei das Leben; sonst sind keine Verluste zu beklagen.

Das britische Hospitalsschiff „Alucius“, das mit allen Schiffahrtslichtern und mit allen besonderen Abzeichen des roten Kreuzes, die hell erleuchtet waren, fuhr, wurde in der Nacht vom 20. zum 21. März ohne Warnung torpediert. Dabei sind folgende Verluste eingetreten: Von Militärpersonen 11 tot, 3 darunter eine Stabskranenführer, werden vermisst, 17 verwundet; von der Mannschaft 20 tot, 9 vermisst, darunter eine Stewardesse, 22 verwundet. Wie in dem deutschen Funkpruch von gestern berichtet wird, sieht die Torpedierung dieses Hospitalsschiffs mit auf der Liste der von den Interseeboten berichteten Taten.

Wirksamere Streit in Athen. W. Z. B. London, 27. März. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Athen vom 26. gemeldet: Heute früh ist in sämtlichen elektrischen Zentralen von Griechenland ein Streik ausgebrochen. Die Straßen- und Eisenbahnen nach dem Piräus haben ihren Dienst eingestellt. Die Zeitungen, die elektrische Kraft gebrauchen, sind nicht erschienen, und verschiedene kleinere Betriebe mußten geschlossen werden. In der großen elektrischen Zentrale in Athen haben die Aufständischen einige Maschinenente entzerrt, um zu verhindern, daß der Betrieb mit andern Arbeitskräften fortgesetzt wird. Heute abend wird die ganze Stadt in Dunkel gehüllt sein, da die Gasfabriken wegen Kohlenmangels geschlossen werden mußten.

Durch „Zufall“ explodiert. W. Z. B. Paris, 28. März. Gwas meldet: Im Stadthaus zu Yapanne fand durch Zufall eine Explosionsstanz; man ist jetzt bei der Aufräumung der Trümmer. Zwei Vertreter des Departements Pas-de-Calais, Raoul Briquet und Albert Faillandier, Abgeordnete von Arras, bezogen darauf, daß sofort in die wiedereroberte Stadt zu begeben, sollen unter den Tafen sein.

Kriegssteuern.

Deutscher Reichstag.

93. Sitzung.

Berlin, 27. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Moebius.

Kurze Anfragen.

Abg. Dr. von Celler (natl.) fragt, ob der Reichsfiskus auf die Heeres- und Marineverwaltung einwirken wird, daß sie den Vorständen der Landesversicherungsanstalten Auskunft über geschlechtstrakt gewesene, früher versicherungsberechtigte Heeresangehörige auch ohne deren besondere Befragung geben, und ferner, ob der Reichsfiskus anerkennt, daß Verzte an die Träger der Sozialversicherung und die von den Landesversicherungsanstalten eingerichteten Beratungsstellen Auskunft geben dürfen.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Die Entscheidung über die erste Frage ist ausschließlich von der Heeresverwaltung abhängig, denn hier kommen nicht nur Gesichtspunkte der Hygiene, sondern auch allgemein militärische Interessen in Betracht. Auch ohne daß es einer besonderen Einwirkung des Reichsfiskus bedarf, werden die Heeres- und Marineverwaltung ernennen können, ob im einzelnen Fall eine Meldung angebracht ist. — Mitteilungen von Kassenärzten an die Träger der Sozialversicherung und die Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalten können nicht als unbefugt erachtet werden, wenn die Beratungsstellen organisch in die Landesversicherungsanstalten eingegliedert sind und die Mitteilungen auf das Nötigste beschränkt werden.

Abg. Guntter (Fortchr. Sp.) fragt, ob den Weingärtnern zur Bekämpfung der Rebschädlinge Kupfervitriol und Schwefel in genügender Menge rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden wird.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Das Kriegsministerium wird den Weingärtnern nach Möglichkeit Mittel zur Bekämpfung der Rebschädlinge zur Verfügung stellen; da das Kupfervitriol nicht ausreicht, so wird man ihnen brauchbare und erprobte Ersatzmittel geben.

Der Zuschlag zur Kriegsteuer.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über den Zuschlag zur Kriegsteuer.

Abg. Dr. David (Soz.):

Die Mehrheit des Ausschusses hat sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Regierungsvorlage beschränkt und jede Verschärfung abgelehnt, sie will das Defizit vielmehr durch Steuern auf Kohlen und den Verkehr decken. Wir bedauern das und werden auch jetzt noch versuchen, sie von diesem verhängnisvollen Weg abzubringen. Wir bringen deshalb den Antrag ein, den Zuschlag zur Kriegsteuer über die 20 Prozent der Vorlage hinaus auf 23 1/2 Prozent zu erhöhen. Wollen Sie das nicht, so schlagen wir eine allgemeine Vermögenssteuer vor, die bei 1/2 Prozent

eine halbe Milliarde Ertrag

bringen würde. Im Prinzip haben sich für eine Vermögenssteuer auch die Volkspartei, die Nationalliberalen und sogar Herr v. Camp ausgesprochen. Aber leider nur im Prinzip, in der Praxis sind sie dagegen. Das Gesetz enthält bereits eine Vermögenssteuer, freilich maskiert als Steuer auf entgangenen Vermögensverlust. Vermögen, die keine Einbuße erlitten oder höchstens eine solche von 10 Prozent, kommt man noch viel schärfer besteuern; aber auch diesen Weg ist die Mehrheit des Ausschusses nicht gegangen, sie will diese Vermögen vielmehr schonend behandeln. Für die Interessen und Sorgen dieser reichen Leute hat man ein reges Gefühl, nicht aber die Fähigkeit, sich einzufühlen in die Sorgen und harten Kämpfe der Bescheidenen, die von der Hand in den Hand leben, der Leute, die in dieser Zeit nicht wissen, wie sie überhaupt durchkommen sollen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Dann hatten wir angeregt, die Erbschaftsteuer zu verschärfen. Durch den Krieg kommen durch den plötzlichen Tod

von Hunderttausenden von Männern zahlreiche Erbanfälle an entfernte Verwandte vor, die in normalen Zeiten nicht daran hätten denken können. Diese Erbanfälle für das Reich heranzuziehen, hätte doch sehr nahe gelegen. Aber auch das hat man abgelehnt. Sobald die Erbschaftsteuer kommt, dreht sich bei gewissen Leuten das Innerste um. Da begrüße ich es, daß in diesen Tagen ein Mann, der in kapitalistischen Kreisen einen bedeutenden Namen hat, ein Buch hat erscheinen lassen „von kommenden Dingen“, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, in ganz andern Maß als bisher das Erbrecht zu beschränken, das Buch von „Walter Rathenau“. Ein arbeitsfähiger Mensch hat kein Anrecht darauf, sich von der Gesellschaft als Drohne erhalten zu lassen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Individuen, die durch Erbschaft Reichtum erlangen und ohne Arbeit leben, sind nichts anderes als

Schmarozker, die Verachtung verdienen.

(Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Eine neue Zeit mit einer neuen moralischen Achtung bringen, wonach niemand Anspruch auf Achtung innerhalb der Gesellschaft hat, der nicht nach besten Kräften der Gesellschaft das wiedergibt, was er aus ihren Leistungen entnimmt. Diese höhere gesellschaftliche Moral fordert, daß man den Weg einer kräftigen Erbschaftsteuer beschreitet. (Zustimmung b. d. Soz.)

Wenn Sie alles ablehnen, haben wir vorgeschlagen, eine Reichseinkommensteuer. Die Einkommen sind von den Einzelstaaten und Gemeinden nicht so stark besteuert, daß das Reich nicht auch noch einen Teil in der gegenwärtigen Situation nehmen sollte. In England ist die Einkommensteuer außerordentlich gesteigert worden, von 10 000 Mark Einkommen wurden zu Anfang des Krieges 260 Mark Steuer gezahlt, jetzt 1020 Mark (Hört, hört! b. d. Soz.), von 100 000 Mark ist die Steuer von 5840 Mark auf 30 040 Mark gesteigert (Hört, hört! b. d. Soz.), 2 Millionen Mark Einkommen zahlen zu Beginn des Krieges 249 160 Mark Steuern, jetzt 942 580 Mark, beinahe eine Million. (Erneutes Hört, hört! b. d. Soz.) Progenital werden also von 10 000 Mark 10 Prozent, von 100 000 Mark 30 Prozent, von 2 Millionen Mark Einkommen 50 Prozent weggesteuert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Setzen die einzelstaatlichen Minister einer solchen Besteuerung einen zu starken Widerstand entgegen, so könnte man den Weg der Matrikularbeiträge beschreiten und so ihren Widerstand brechen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was Sie beschließen wollen, ist in Wahrheit eine neue Einkommensteuer für die breiten Massen des Volkes. Ein Mann mit 900 Mark Einkommen wird durch diese indirekte Belastung um 20 Prozent seines Einkommens vermindert. Da hat man wirklich kein Recht, die reichen Leute zu schonen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man verweist auf die hohen Löhne in der Kriegsindustrie. Erstens bekommen im Hinblick auf die viel mehr gestiegenen Preise auch diese Arbeiter heute in der Tat weniger als im Frieden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Daneben aber kommen die Hunderttausende in Betracht, die überhaupt keine Lohn- oder Einkommenserhöhung erhalten haben. Ihre Not wird noch größer durch eine Verschärfung der indirekten Steuern, durch die Reichseinkommensteuer für die armen Leute. Die Ärmsten der Armen müssen sich diese

Steuer am Mund absparen,

während der Reiche niemals in die Lage kommt, seine Ernährung, seine vitalsten Lebensbedürfnisse infolge von Steuern zu kürzen zu müssen. Man befürchtet weiter eine Schädigung des Wirtschaftsliebens durch Verminderung der Kapitalbildung. Diese Verteuerung der notwendigen Betriebsmittel aber trägt viel empfindlicher zur Hemmung des Wirtschaftsliebens durch Schädigung der kleinen Existenzen und dadurch bei, daß sie Arbeiter zwingt, erneut Lohnforderungen zu stellen und so zu wirtschaftlichen Kämpfen führt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das nennen Sie Mittelstandspolitik! Auf jeden Fall sollten Sie unsern Vorschlag zustimmen, die Kriegseinkommensteuer mindestens auf 33 1/2 Prozent zu erhöhen. Damit würden Sie dem Reiche rund

300 Millionen mehr zuführen und so die Verkehrsbelastung überflüssig machen.

Man kann wirklich nicht behaupten, daß unser Vorschlag die Kriegsgewinne zu hart trifft. Wer 10 000 Mark Kriegsgewinn gemacht hat, soll statt 600 Mark 680 Mark Steuern zahlen, wer 100 000 Mark Kriegsgewinn gemacht hat, statt 23 400 Mark 28 000 Mark usw. Gewiß kommen noch die staatlichen und kommunalen Einkommen- und Vermögenssteuern hinzu, aber wenn einer, der 5 Millionen Mark Kriegsgewinn erzielt hat, auch wirklich 80 Prozent davon Steuern zahlen muß, so bleibt ihm immer noch eine ganze Million reine Vermögensvermehrung während des Krieges. Die Steuer trifft ja nur den Zuwachs an Vermögen, die Leute behalten unberührt den großen Grundstock ihres Vermögens. Es ist also keine Rede davon, daß man ihnen ihr Vermögen nimmt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch den großen Gesellschaften wird nur das genommen, was sie über die normalen Gewinnjahre der letzten Friedensjahre hinaus an Gewinn erzielt haben. Dieser normale Gewinn, der nach Millionen ein und aber Millionen geht, wird gar nicht von der Kriegseinkommensteuer betroffen. Es widerspricht dem sozialen und sittlichen Empfinden des Volkes, wenn diese Gesellschaften während des Krieges größere Gewinne machen als früher. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nun liegt ein Antrag der Freikonserwativen vor, nach dessen zweitem Teile bei kriegssteuerpflichtigem Vermögenszuwachs von mehr als 100 000 Mark sich der Zuschlag erhöhen soll je nach der Vermehrung des Vermögens. In diesem Antrag liegt die beste Begründung für unsern Antrag. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Daher schlagen wir vor, ihn eventuell dem § 1 des Gesetzes hinzuzufügen. Das Reich braucht in seiner jetzigen Notlage den Reichtum der Besitzenden. Es ist eine Dienstpflicht des Kapitals, die Kriegsgewinne herzugeben. (Sehr gut! bei den Soz.) Ihre Steuergeetze müssen auf die große Masse aufreißend wirken, bedenken Sie das bei der Zeit, wenn sie schlagen dem sozialen Gerechtigkeitsgefühl der breiten Massen ins Gesicht, und nehmen Sie unsern Antrag an, der wenigstens eine kleine Verbilligung schafft. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. v. Brodhhausen (kon.): Meine Bedenken gegen die Steuerentwürfe sind durch die Kommissionsbeschlüsse nicht behoben. Nicht nur die Kriegsgewinne, sondern alles Vermögen, das nicht um 10 Prozent vermindert ist, soll mit dem Zuschlag belegt werden. Das geht uns zu weit. Andererseits ist ein Vorzug des Gesetzes, daß seine Durchführung wenig Arbeit macht. Die Anträge der Sozialdemokraten können wir ablehnen. Ein Zuschlag zur Kriegsteuer über 20 Prozent hinaus erscheint uns zu hoch. Doch mancher Bedenken im einzelnen werden wir die Vorlage in der ihr von der Kommission gegebenen Fassung annehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bunn (Fortchr. Sp.): Auch wir stimmen der Vorlage in der Fassung der Kommission zu. Sie soll 450 Millionen zu den 1200, die nötig sind, beitragen. Der Befehl wird also kräftig mit herangezogen. Nehmen wir die Vermögenssteuern der Einzelstaaten hinzu, so kommen wir heute schon auf 80 Prozent Steuer des Kriegszuwachses des Vermögens. In einem besonderen Fall in meiner Heimat mußte eine G. m. b. H. sogar 120 Prozent, also mehr als den ganzen Gewinn zahlen. Der Antrag Martin würde besonders hart die treffen, die früher nichts hatten und während des Krieges etwas erworben haben; diese härter zu treffen als die Millionäre, ist für uns gänzlich unmöglich. (Beif. b. d. Fortchr. Sp.)

Abg. Dr. Pfleger (Ztr.): Wir stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu. Der gesunde Common Sense darf nicht allgütlich kritisiert werden. Für die Aufstellung der Frage der Erbschaftsteuer ist gerade die Kriegszeit die allerungünstigste. Hoffentlich gelingt es dem Staatssekretär bei der nächsten Steuerentwurf im Herbst einen Weg zu finden, durch den die wirklichen Bürgergewinne besonders betroffen werden. (Dravol! i. Ztr.)

Abg. Dr. Sirefmann (natl.): Die Steuer trifft keineswegs nur Millionäre, sondern auch ganz kleine Vermögensverme-

Eine Handvoll Erde.

Roman von Clara Wiebig.

(51. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Sollte das etwa gar die Kopfa sein? In tiefer Trauer war sie, zwei Eheringe hatte sie am Finger —! Artur pfiff nach seiner Mine, die hinter der Laube huddelte. Er flüsterte ihr hastig zu: „Dem Butterhändler seine! Hast du Worte?“

Und nun beobachteten sie, wie das Paar die verlassene Laube durchstöberte. Viel würden sie nicht darin finden, der arme Mann war ja so bescheiden gewesen, hatte gar keine Bedürfnisse gehabt. Die Frau war nobler; ihr Kleid war von feinem Tuche, der Unterrock von Seide, der Hut hatte eine Garnitur von haßelnußdicken schwarzen Perlen.

Die Dame in Trauer raffte ihr Kleid hoch, jetzt rief sie im Tone höchsten Abscheus: „Ekelhaft! Wie er hier gehaust hat! Sieh mal bloß, Karl! Na ja, so war er ja immer! Sieh mal, da ist sein schwarzer Stock! Ob Du den noch tragen kannst?“

Was er darauf sagte, verstanden die Lauschenden nicht. Aber nun konnte wieder ihre Stimme: „Na, denn nicht Red, das sollst Du auch nicht, da bist Du viel zu schade for!“ Und dann erklang zärtliches Geflüster. Und dann Lachen.

Mine fuhr auf: die sollten nur versuchen, hier ihren Koff zu bauen! Das war ja eine ganz herzlose Kreatur — der Butterhändler, der arme Mann — die weinte ihm nicht mal eine Träne nach!

„Die dachten wohl, sie könnten hier Schätze kauen!“ Artur war empört. „Machen sollen sie, daß sie hier runter kommen, sonst —“ er sprach nicht aus.

Von der Nieselschen Laube her flog ein Schimpftrakt, und Mutter Niesel flog gleich hinterdrein. Sie stand vor des Butterhändlers Laube, breit den Ausgang verperrnd,

und schrie hinein: „Du soll eener sagen, so 'n Weibsbild, so 'n Mensch! Schämt sich nicht, anzukommen mit dem jungen Kerl! Sieh abzuknutschen hier un noch zu lachen!“

Die hatte auch alles gehört! Artur stieß seine Mine an.

„Is det 'ne Benehmigung? Zeigt det von Gefühl?! De Augen sollten Se sich austhämnen, Sie, Sie Stücke, Sie!“

Die Beleidigte schrie auf, der Beschützer warf sich in die Brust: „Was unterziehen Sie sich? Frau Kopfa ist hier im vollen Recht, sie ist ihres Mannes Erbin.“ Er sagte die Niesel am Arm: „Machen Sie wohl gleich, daß Sie hier runterkommen von unserm Land!“

Die Niesel freistrich gellend: „Mörderbande! Den Mann ha'm se in 'n Tod jetrieben, un nu sind se noch frech! So 'n juter Mann! Runter mit Euch hier! Niesel man fix! Ella, Ella! Reichte, kommen Sie ooch!“ Sie winkte mit beiden Armen: „Kommt man alle, alle! Det leiden wir nich, wir sind anständ'ge Leute, hier is anständ'jes Land, hier leiden wir solche Packasche nicht! Haut se, haut sel Runter mit sel!“ Sie raffte einen Kloß Erde auf und flatschte ihn der Kopfa ins erblickte Gesicht.

Der Liebhaber hielt sein Stöckchen vor, es wurde ihm aus der Hand geschlagen. Ein Regen von Erde und Sand, von Beschuldigungen und Schimpfwörtern schauerte jetzt über die Flüchtenden her. Sie liefen eilrigt davon.

Und nun, als habe der Wind nur darauf gekauert, pustete auch er los. Ein jäher Stoß setzte übers Feld. Das war Sturm. Und finster wurde plötzlich der Himmel. Der hätte vor Minuten noch an ein Gewitter gedacht? Die Sonne hatte geschienen, nun verberg sie ihr Licht. Schon donnerte es. Kraut und Gras duckten sich, ein Blitz fuhr nieder. Ueberall zuckte es, der ganze Himmel schien aufzuschnallen; aus allen Richtungen ein empörtes Grollen, ein Knurren, ein Knattern, ein drohendes Gauden. Und nun ein Regenschutt, proffend wie Hagel, das Feld weit-

schend, den Boden zerwühlend. Sand und Erde spritzten hoch auf, es war alles in Aufruhr geraten. Die bebenden Gräser bäumten sich, das zähe Heidekraut legte Fallstricke. Der Fuß versing sich — hier ein gähnendes Loch, dort eine herausgestreckte Wurzel — die flüchtende Frau war hingestürzt, die Furcht jagte sie wieder auf, sie leuchtete, sie rannte mit vorgestreckten Händen.

Der lange Kreppschleier wehte zerfetzt, die Gutgarnitur hatte sich aufgelöst, die Perlen flossen nieder in schwarzen Strahlen, das Kleid hing schlapp wie eine nasse Fleder. Gerade daß sie mit letzter Kraft den Wagen erreichten.

Der junge Mann peitschte auf das Pferd los; das machte, ängstlich geworden durch das Lachen des Reiters und das Geschrei der Verfolger, wilde Säge. Hintenüber fiel Frau Kopfa von ihrem Stuhle, der Kutscher verlor jegliche Führung, in rasender Fahrt ging's vom Felde fort.

Das Wetter grollte noch; nun gab es sich zufrieden. Mine sah auf zu den schnell sich lichternden Wolken: das hatte der Himmel gut gemacht. Jetzt war es bald wieder schön. Das Feld, auf das eben noch der Regen gepfropft lag schon beglänzt. Erfrischt duftete die Scholle. In tiefen Atemzügen trank Mine die gereinigte Luft.

Die empörte Natur hatte sich bald beruhigt, aber in den Menschen zitterte die Empörung noch nach. Artur war bei den Niegels eingetreten, das mußte man sich doch besprechen. „Alle Achtung, Mutter Niesel!“ Und sie lächelte würdevoll: „Det is man sich doch selber schuldig, sich um die Ehre von die ganze Kolonie!“

Mine hatte sogar vergessen gehabt, daß Frieda und ihr Bräutigam noch nicht da waren. Jetzt kam Frieda endlich, aber allein. Sie war ihm weit entgegengeritten; länger hatte sie nicht mehr draußen auf ihn warten können. vom Regen durchnäßt, froh sie. Und auch vor Enttäuschung. Sie war blaß und zitterte: „Ob er noch kommt?“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Parteibewegung.

Für Vaterlandsverteidigung. Der Standpunkt der Arbeitgemeinschaft in der Frage der Vaterlandsverteidigung ist im allgemeinen sehr schwankend. Nun aber stoßen wir in einem der hervorragendsten Blätter der Arbeitgemeinschaft, der „Bergischen Arbeiterstimme“, deren leitender Redakteur der Abgeordnete Dittmann ist, auf ein fast leidenschaftliches Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung. Es wird dort geradezu als Pflicht des Sozialisten hingestellt, mit aller Kraft für die Landesverteidigung einzutreten und auf jeden Fall zu verhindern, daß Gebietsstellen, mögen sie national zum eignen Staate gehören oder nicht, an fremde Staaten abgetreten werden. Freilich wird diese Pflicht ausgesprochen für — die russischen Sozialisten. Die „Bergische Arbeiterstimme“ schreibt:

Die Ueberzeugung haben wir allerdings, daß jetzt unsere russischen Genossen für die Landesverteidigung eintreten werden, denn die Landesverteidigung ist jetzt eine Verteidigung der Revolution. Der allgrößte Teil der Sozialisten wird den Russen dieses Recht auch nicht bestreiten wollen, denn eine Revolution, die ihr Regiment damit beginnen würde, große Teile des Landes an eine fremde Regierung abzutreten, könnte sich nicht behaupten.

Dieses Zugeständnis ist in der Tat sehr interessant. Die Revolution hat Rußland bisher eine großbürgerlich-liberale Regierung beschert, die noch leidenschaftlicher für Annexionen, namentlich die Eroberung Konstantinopels, eintritt, als es der Parismus tat. Troßdem billigt das arbeitgemeinschaftliche Blatt den russischen Sozialisten schärfsten Eintreten für die Landesverteidigung zu. Die Arbeitgemeinschaft hat sich von der sozialdemokratischen Fraktion bekanntlich deshalb getrennt, weil diese noch weiter die Kredite bewilligen wollte, als nicht etwa die deutsche Regierung, sondern private wirtschaftliche Verbände mit weitgehenden Annexionszielen hervorgetreten waren. Natürlich wird die „Bergische Arbeiterstimme“ jetzt auch in der Ordnung finden, wenn Tschechien und Serbien die Kriegskredite bewilligen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 28. März 1917.

Der neue Milchpreis wird amtlich bekanntgegeben. Der Höchstpreis für Vollmilch wird auf 38 Pfg. für das Liter festgelegt. (Der Preis für 1/4 Liter beträgt 10 Pfg.) Der Höchstpreis für Magermilch und Buttermilch wird auf 26 Pfg. für das Liter festgelegt. (Der Preis für 1/4 Liter beträgt 7 Pfg.) Rindermilch in Flaschen und sterilisierte (pasteurisierte) Milch in Flaschen bleibt von dieser Preisfestsetzung unberührt. Die Höchstpreise gelten sowohl für den Verkauf als auch für die Lieferung frei Haus. —

Grüner Salat wie Spinat zubereitet. Vom Magistrat wird mitgeteilt: In diesem Frühjahr werden beträchtliche Mengen von Salat zur Verfügung stehen, die jedoch wegen Mangels an Salatzubereitung in der üblichen Weise zubereitet werden können. Aus diesem Grunde dürfte folgendes exprobierte Rezept vielfach willkommen sein, wonach Salat vollkommen wie Spinat zubereitet werden kann: Der Salat wird mit Salzwasser gargelocht, sodann läßt man ihn auf einem Sieb abtropfen. Nachdem man den Salat nun feinstreift, wird er mit Pfeffer, Salz etwas geriebener Zwiebel, Bouillonkräuter bzw. Bouillonwürfel, nach Geschmack zubereitet. Um den Salat sämig zu machen, kann man etwas Mehl mit zerlassenem Fett heranzühren. —

Zur Eierverteilung schreibt der Magistrat: Mit Rücksicht auf das bevorstehende Osterfest sollen am Ende dieser Woche 3 Eier pro Kopf der Bevölkerung auf einmal zur Verteilung gelangen, und zwar auf Marke 5, 6 und 7 der Eierkarte. Diejenigen Haushaltungen, welche Marke 5 bereits eingelöst haben, erhalten selbstverständlich nur auf die Marke 6 und 7 je 1 Ei. Der Verkauf soll von Freitag den 30. d. M. ab nach dem Kundensystem stattfinden. — Von einer Herabsetzung des Preises ist in der Magistrats-Bekanntmachung leider nicht die Rede. —

Anmeldung zur Landsturmvolle. Der Magistrat bringt in Erinnerung, daß sich am Montag den 2. April die im März 1900 geborenen männlichen Personen im Militärbüro des Magistrats, Hauptwache 4—6, 1. Treppe, zur Landsturmvolle anzumelden haben. —

Die Zahlungen der Familien-Unterstützung an Angehörige von Kriegsteilnehmern finden an diejenigen Personen, die eine Bewachungsberechtigung erhalten haben, wie folgt statt:

In der Kriegsunterstützungskasse unter den Kolonnaden:

Am Freitag den 30. März 1917, vormittags, an die Empfangsberechtigten, deren Bewachungsberechtigten in der linken oberen Ecke die Nummer	1—700
am Freitag den 30. März, nachmittags	701—1000
am Sonnabend den 31. März, vormittags	1001—2000
am Montag den 2. April, vormittags	2001—2700
am Dienstag den 3. April, nachmittags	2701—3000
am Mittwoch den 4. April, vormittags	3001—3700
am Donnerstag den 5. April, nachmittags	3701—4000
am Freitag den 6. April, vormittags	4001—4700
am Samstag den 7. April, nachmittags	4701—5000
am Sonntag den 8. April, vormittags	5001—5700
am Montag den 9. April, nachmittags	5701—6000
am Dienstag den 10. April, vormittags	6001—7000

In der Kriegsunterstützungskasse Peterstraße 1, I:

am Freitag den 30. März, vormittags die Nummer	7001—7700
am Samstag den 31. März, nachmittags	7701—8000
am Sonntag den 1. April, vormittags	8001—9000
am Montag den 2. April, nachmittags	9001—9700
am Dienstag den 3. April, vormittags	9701—10000
am Mittwoch den 4. April, nachmittags	10001—10700
am Donnerstag den 5. April, vormittags	10701—11000
am Freitag den 6. April, nachmittags	11001—11700
am Samstag den 7. April, vormittags	11701—12600
am Sonntag den 8. April, nachmittags	12601—12700
am Montag den 9. April, vormittags	12701—13000
am Dienstag den 10. April, nachmittags	13001 u. folg.

Die Zahlungen erfolgen vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 5 Uhr. Sonnabends jedoch nur vormittags von 8 bis 11 Uhr, an den betreffenden Zahlstellen. Empfangsberechtigte, die an der Abhebung an den oben bezeichneten Terminen verhindert sind, können sich am Dienstag den 10. April 1917 an der zuständigen Zahlstelle zum Empfang der Beihilfen melden. An den vorstehend nicht genannten Tagen bleiben die Kassen geschlossen. —

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Zahlung auf die Bewachungsberechtigten mit den Nummern 6001 bis 7000 für die Folge nicht mehr in der Zahlstelle Peterstraße Nr. 1, sondern in der Zahlstelle unter den Kolonnaden, Südseite des alten Rathhauses, erfolgt. —

**** Kartoffeln.** Die Kartoffelmarke 1 für April tritt bereits am 31. März in Kraft. Auf Kartoffelmarke 1 für April dürfen die städtischen Verkaufsstellen an ihre Kunden nicht mehr verabfolgen als 7 Pfund Kartoffeln. Besitzer von Vorräten, welche ihre Kartoffelmarken abgegeben haben, dürfen in den Zeit vom 31. März bis 31. März nicht mehr als 1/2 Pfund Kartoffeln für den Tag und Kopf verbrauchen. In diesen Betrag sind Schwund und Verlust mit einbegriffen. Diese Beschränkung gilt für alle Besitzer von Vorräten, auch für die Kartoffelzeuger, in gleicher Weise. Die Höhe der auf die (blaue) Kartoffelkarte für vorübergehend Anwesende abzugebenden Kartoffelmengen wird auf 2 1/2 Pfund Kartoffeln festgesetzt. Die Höhe der auf den einzelnen Markenabnehmer der Kartoffelmarken für Gast- und Schankwirtschaften zu verabfolgenden Menge wird auf 150 Gramm Kartoffeln festgesetzt. —

**** Zur Verteilung der neuen Milchmarken** schreibt der Magistrat: Die Milchmarken werden den versorgungsberechtigten Haushaltungen, soweit dies noch nicht geschehen sein sollte, durch die Milchlieferer zugestellt. Haushaltungen, welche bis zum 1. April eine Milchkarte nicht erhalten, und Anspruch auf solche zu haben glauben, wollen sich an ihren bisherigen Milchlieferer wenden, der angewiesen ist, sich mit uns entsprechend in Verbindung zu setzen. —

— Verebelte Milch. Das hiesige Landgericht hatte sich am Dienstag in zwei Fällen mit Vergehen gegen das Lebensmittelgesetz zu beschäftigen. Die Händlerin Selma Scholz zu Groß-Ottersleben wurde vom Schöffengericht am 17. Oktober 1916 zu 300 Mark Geldstrafe evtl. 60 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie Vollmilch verkauft hatte, die mit 15 Prozent Wasser verfälscht war. Die Verurteilung wurde verworfen. — Die Milchhändlerin Theresie Baum und ihre Stiefschwester Anna Zieprich wurden hier verurteilt, weil sie Vollmilch, die einen Wassergehalt von 20 bis 40 Prozent enthielt. Sie wurden vom Schöffengericht am 18. November zu 300 Mark und die Zieprich zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Berufungssammer erkannte neben den Geldstrafen gegen Frau Baum auf 6 Wochen, gegen die Zieprich auf 3 Wochen Gefängnis. —

— Erhöhung der Beihilfen an die Magdeburger Bade- und Waschanstalt. Nachdem sich die einschlägigen Instanzen mit der Unterabteilung der schlechten geschäftlichen Lage der Magdeburger Bade- und Waschanstalt A.-G. beschäftigt haben, sind die Resultate dieser Verhandlungen in Form einer Vorlage an die Stadtverordneten gelangt. Wie wir in früheren Artikeln bereits mitgeteilt haben, hatte die genannte Gesellschaft den Magistrat gebeten: a) eine Zinsgarantie von 3 1/2 % zu übernehmen, b) vollständige Entnahme des gesamten Wasserbedarfes zu bewilligen; c) eine Erhöhung der Wasserpreise zu genehmigen. Der letzteren Forderung wurde von der Stadtverordneten-Versammlung in gewissem Umfang zugestimmt. Bezüglich der anderen Punkte wurden umfangreiche Nachforschungen vorgenommen. Danach haben sich in beiden Anlässen häusliche und manuelle Erneuerungsarbeiten und Neubeschaffungen als notwendig herausgestellt. Die aufgestellten Kostenschätzungen schließen mit insgesamt 100 000 Mark ab. Um nun aber eine Auflösung der Gesellschaft wie in Aussicht gestellt wurde, soweit es in den Kräften der Stadt steht, zu vermeiden, hat der Magistrat im Einverständnis mit dem Badeausschuß folgende außerordentlichen Beihilfen empfohlen: Ein Darlehen von 100 000 Mark aus Sparkassenüberschüssen zu den oben angegebenen Zwecken und Bedingungen zu geben unter Einsetzung von zunächst 30 000 Mark im Hauskassplan. Die Erhöhung der bisherigen jährlichen Beihilfen auf insgesamt 20 000 Mark; die Erhöhung der loslosen Wasserlieferung auf 160 000 cbm zu beschließen. Der Vertrag soll bis 31. März 1927 verlängert und der Aufsichtsrat in entsprechender Weise verfährt werden. —

— Neuer Lohnstarif für Antscher. Für die Antscher und Arbeiter in den Schwerfuhr-, Expeditions- und Abfuhrgefahrten tritt mit dem 1. April ein neuer Lohnstarif in Kraft. Zwischen dem Arbeitgeberverband Magdeburg und dem Deutschen Transportarbeiterverband sind für die Zeit vom 1. April 1917 bis 31. März 1918 folgende Vereinbarungen getroffen: Voll arbeitsfähige Antscher erhalten einen Wochenlohn von 45 Mark, jugendliche und nicht voll arbeitsfähige (teilinvalid) Antscher einen Grundlohn von 39 Mark, Arbeiter in den Abfuhrgefahrten und Sporthalter in den Fuhrbetrieben einen Wochenlohn von 43,50 Mark. Von diesen Löhnen werden die gesetzlichen Beiträge für die Kranken- und Invalidenkasse in Abzug gebracht. Wir erziehen die Kollegen, denen der ihnen zustehende Lohn nicht in voller Höhe ausgezahlt wird, sich im Verbandsbüro zu melden. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. —

— Nachtrag für die nächste Stadtverordneten-Sitzung. Für den öffentlichen Teil der nächsten Stadtverordneten-Sitzung sind noch folgende Verhandlungsgegenstände angehängt worden: Erhöhung der städtischen Beihilfen an die Magdeburger Bade- und Waschanstalt A.-G. und Verlängerung des Vertrags mit ihr bis zum 31. März 1927. Nationaltag der deutschen Bühnen für die sechste Kriegsanleihe und schließlich eine Anfrage des Stadtverordneten Wartels an den Magistrat folgenden Inhalts: Ist dem Magistrat bekannt, daß der städtische Oberarzt Dr. Weinbrenner, Frauenarzt an der Subenburger Krankenanstalt, am 2. April zum Militärdienst eingezogen wird? Wenn ja, ist der Magistrat in der Lage, vollgültigen Ersatz für diesen für unsere Bevölkerung dringend notwendigen Arzt zu stellen? —

— Keine unnötigen Bauten! Vom stellvertretenden Generalkommando werden wir um folgenden Hinweis ersucht: Es läuft jetzt mit der beginnenden Frühjahr bei den zuständigen amtlichen Stellen eine große und täglich wachsende Zahl von Gesuchen um Genehmigung von Bauten der verschiedensten Art ein, die in der Mehrzahl mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse abschlägig entschieden werden müssen. Um einerseits den Antragstellern nutzlos Mühe, andererseits den jetzt mit Arbeiten überhäufteten Behörden einen Ballast unnötiger Schreibarbeit zu ersparen, sei wiederholt auf die Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos IV. A.-R. vom 9. November 1916 hingewiesen. Danach kann die Genehmigung von Neu- und Umbauten durch die zuständigen Behörden nur erteilt werden, wenn die Bauten im „öffentlichen Interesse“ liegen. Ein öffentliches Interesse liegt aber nur dann vor, wenn die betreffenden Bauarbeiten den Zwecken der Kriegsin- dustrie dienen, d. h. wenn eine Unterlassung der Ausführung derselben die Durchführung eventueller Kriegsaufträge unmöglich machen oder stark gefährden würde; wenn die Bauten zur Anwendung eines erheblichen Notlandes unterzogen werden, d. h. wenn durch die Unterlassung eine erhebliche Gefahr für Menschenleben und daher für die öffentliche Sicherheit gegeben sein würde. —

— Die deutschen Bühnen für die Kriegsanleihe. Theaterdirektor Vogeler hat dem Magistrat einen Aufruf des Deutschen Bühnenvereins und der Deutschen Bühnengemeinschaft an die deutschen Bühnen, am 12. April 1917 für den Zweck der sechsten Kriegsanleihe Vorstellungen zu veranstalten und die Vollziehungen des Tages an den Bühnenvereine abzuführen, mit der Bitte überreicht, daß auch das Magdeburger Stadttheater dem Aufruf Folge geben möchte. Unter der Voraussetzung, daß die Darsteller auf eine Gage für diesen Tag verzichten, hat sich der Magistrat damit einverstanden erklärt, daß auch in hiesigen Stadttheater zum genannten Zweck am 12. April eine Vorstellung gegeben und die Einnahme daraus an den Bühnenverein abgeführt wird. Die Stadtverordneten werden um ihre Zustimmung ersucht. —

— Für Hilfsdienstpflichtige. Amlich wird mitgeteilt: In der Presse wird verschiedentlich über die Meldung von Hilfsdienstpflichtigen durch die Post berichtet und dabei bemerkt, daß der die Meldung annehmende Postbeamte den abtrennbaren Streifen mit dem Tagesstempel und seiner Unterschrift versehen würde. Dies ist nicht zutreffend. Der Postbeamte versteht den Streifen (Meldebefähigung) nur mit dem Tagesstempel. Die Unterschrift hat der Meldepflichtige selbst, und zwar vor der Abgabe beim Postamt zu leisten. —

— „Blau“ 900 Prozent. Ein Mittergutsbesitzer bei Meißen verkaufte nach Dresden das Pfund Spinat zu 16 Pfg. Dort wurde derselbe Spinat für 1,50 Mark, also mit einem Nutzen von sage und schreibe 900 Prozent, weiterverkauft. So berichtet kurz und bündig ein Dresdner Blatt, und es ist tatsächlich auch jeder Kommentar überflüssig. —

— Wie der Handel „mit den Dingen umgeht“. Liberale und konservative Verehrer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, des privaten Eigentums und des freien Wettbewerbs haben in letzter Zeit gewetteifert, uns zu beweisen, daß schuld an aller Nahrungskalamität nur der leidige Kriegssozialismus sei. Hätte man die Sachen dem freien sozialen Handel überlassen, „der mit den Dingen umzugehen versteht“, so ständen wir viel besser da. In Zeitungen plaudert jetzt der neue Reichskommissar für Fisch- und Fischwaren, Herr v. Sülzge, über die Erfahrungen, die er mit Fischkonserven gewonnen hat, die bekanntlich noch dem freien Handel unterliegen. Er ist durch die Konserven gegangen und hat dort elf Konservendosen erstanden. Darauf hat Herr von Sülzge festgestellt, daß jede einzelne dieser Konservendosen einen Reichtum von nicht weniger als zehn Gliedern durchlaufen hat, der je unter andern bis nach — Lugemburg führte. Den Inhalt der Konservendosen aber bezeichnet Herr von Sülzge als „Dred“. Wahrscheinlich, ein anschauliches Bild, wie der freie Handel mit den Dingen umzugehen versteht, und sehr ermutigend dafür, ihm weitem Spielraum zu gewähren! —

— 245 551 763 Kriegsgefangenenleistungen. Welch gewaltigen Umfang der Kriegsgefangenenpostverkehr durch die Schweiz angenommen hat, geht aus folgenden Zahlen hervor: Es wurden seit dem Monat September 1914 bis Ende Februar 1917 an Kriegsgefangenenleistungen vom Postbureau Bern Transit 234 287 205 Briefpostgegenstände, jedoch von den Postbureaus Genéve-Transit, Basel-Bahnhof, Chiasso-Transit und Domodossola-Schweizeragentur 45 849 788 Pakete entgegengenommen und weitergeleitet. Von der Schweiz wurden überdies an französische, belgische, russische und serbische Kriegsgefangene in Deutschland und an italienische Kriegsgefangene in Österreich 3 972 775 Brotsendungen im Gewicht von 7 437 894 Kilogramm abgeliefert, wobei die umfangreichen, ohne Mitwirkung der Post, vermittelte der Bahn beförderten Gütrachtungen nicht mitgezählt sind. An Postsendungen für die Kriegsgefangenen wurden von der Oberpostdirektion und dem Mandatamt Postbureau Basel im ganzen 6 441 695 Stück im Betrag von 91 064 811 Franc 73 Rappen empfangen, umgerechnet und weitergeleitet. —

— Gestohlen wurden am 20. d. M. aus einer Wohnung in der Sternstraße ein blauer Winterüberzieher mit Pelztragen und schwarzem Futter; in der Zeit vom 24. bis 26. aus einer Kasse des Schlachthofs etwa 1,5 Zentner Butter; am 27. im Laufe des Tages aus einer Wohnung in der Pionierstraße etwa 150 Mark, zwei Trauringe, ein Brillantring, zwei goldene Broschen, ein goldenes Armband mit einem Brillanten und einem Rubin, zwei goldene Armbänder und eine goldene Perrenuhr. —

— Verhaftet wurden der Arbeiter Friedrich Badewitz aus Leipzig, der dort 2000 Mark unterschlagen und bezahlgelassen hat; der Maschinenist August Mathies aus Genthin, der verdächtig ist, dort in der Nacht vom 25. d. M. einen Treibriemen im Werte von 3500 Mark und zugegeben hat, vor etwa drei Wochen einen solchen im Werte von 500 Mark gestohlen zu haben. Außerdem hat er mit noch einem Genossen aus einem Kahn, auf dem er beschäftigt war, Maßlöffel und Feder gestohlen. — Weiter wurden verhaftet eine wohnungslose Arbeiterin und ein wohnungsloses Dienstmädchen, die als die Diebinnen ermittelt sind, die, wie berichtet, am 24. d. M. aus einer Schankwirtschaft am Breiten Wege einen Wuff und eine Handtasche mit Inhalt, aus einem unterschlossenen Zimmer am Ballonerberg Kleidungsstücke und am 25. aus einer Schankwirtschaft am Kaiser-Wilhelm-Platz ein Seilpflöckjackett und einen seidenen Tragenhosen gestohlen haben. —

— Unfug. Am Mittwoch mittag um 12 1/4 Uhr wurde die Hauptwache durch eine Feuermeldung vom Feuerwehler Berliner Straße 11 aus alarmiert. Die Meldung erwies sich als blinder Alarm. Ein 7-jähriger Schulknabe hatte, wahrscheinlich auf Aufforderung von älteren Kameraden, den Melder gezogen. —

— Wohltätigkeitsabend der Ober im Circus Blumenfeld. Die außerordentlich rege Nachfrage nach Eintrittskarten veranlaßt den Ausfühler, heute mitzuteilen, daß außer der Aufführung am 30. März 1917 noch eine weitere am Montag den 2. April, abends 7 Uhr, stattfindet. Der Vorverkauf für den zweiten Abend, Montag den 2. April, findet nur in der Musikalienhandlung von Heinrichs-haus statt. Die Zirkuskasse ist geöffnet von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr. Es empfiehlt sich, die Eintrittskarten möglichst frühzeitig zu besorgen. —

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Konzerte. Unter Leitung von Dr. Engelle fand in der Petrikirche ein Konzert statt, dessen Programm mit Sachkenntnis zusammengestellt war und in der Ausführung gutdiszipliniertes und recht musikalischen Kräften Gelegenheit gab, sich in sehr anerkennenswerter Weise zu betätigen. Neben Chorsängern interessierten die Soli der Damen Brandt und Clausen, insonderheit aber die Orgelspieler des Hofkapellmeisters, dessen D-Moll-Jug-Quintett ein Genie war. — Im Konfessionenraum wurde ein Orchesters-Abend veranstaltet. Dem Durchführer für Professor Kaufmann einen Lorbeer beizubringen. Dem schönen G-Dur-Streichquartett folgte als Instrumentalstück das Klavierquintett in F-Moll, Opus 34, das vorzüglich durchgeführt wurde. Maria Mora v. Gorysang wieder mit sympathischer Stimme und gutem, gewinnendem Ausdruck. —

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute: „Zamkauer“. Freitag: „Die Entführung aus dem Serail“. Sonnabend: „All-Feibelberg“. Sonntag nachmittags 9. Volksvorstellung: „Im weißen Rössl“; abends: „Undine“.

Centraltheater. Die 25. Aufführung der Operette „Die Fahrt ins Glück“ wird sich am morgigen Freitag in besonders feierlicher Weise abspielen.

Der Nationale Frauenverein. Breiter Weg 5. 18. d. d. Freitag von 5 bis 6 unregelmäßig gärtnerischen Rat von einem Sachmann erteilen zum Essen und Beipflegen von Gärtner. 4010

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 27. März. Todesfälle: Arbeiter Karl Degen, 64 J., 19 R. 12 L. Magistrats-Bureau-Assistent a. D. Otto Böhmig, 64 J., 3 R. 3 L. Schneider Albert Sell, 56 J., 6 R. 24 L. Hans geb. Prinz, Ehefrau des Majors Paul Lennig, 36 J., 3 L. Hans, S. des Arbeiters Franz Urban, 1 J., 1 R. 23 L. Kurt S. des Trompeter-Sergeanten Richard Böwe, 5 R. 26 L.

Neuhäbs, 27. März. Todesfälle: Ledige berufliche Gertrud Bandrow, 34 J. Erziehungsrat Eilendrecht Otto Kaiser, 33 J. Sandkammern-Geschäftsführer Paul Rein, 58 J. Müller, Sandkammer-Inspektor Carl Kunde, 21 J.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Banjeleben.

Gesetz, 28. März. (Der Nord in Lärthun.) Neben die Einweisung der 67jährigen Schwirterwitwe Götlicher in Lärthun wird im 'Gesetzlichen Tageblatt' noch folgendes gemeldet: Die alte Frau schloß allein in der Wohnung; nur im Dachgeschoß wohnen die Kinder, die aber von den Vorgängen der Nordnacht nichts gemerkt haben; erst als am Dienstag früh die Schwirtertochter der Frau Götlicher nach brachte, wurde das Entsetzliche entdeckt. Der Mörder war augenscheinlich erst in das Schlafzimmer eingedrungen, hat hier aber nicht zum Ritzenhaken gefunden, worauf er vom Hofe aus in die Wohnung einbrach. Die alte Frau ist dabei wohl erkrankt, worauf dann die Mordtat erfolgte. Die Wohnung war durchwühlt; ob und was davon gefunden ist, muß die Untersuchung erst feststellen. Bis 1/11 Uhr am Abend zuvor hat eine verheiratete Tochter der Frau Götlicher bei ihrer Mutter verweilt, so lange hatte sich nichts gezeigt, was irgendwie verdächtig sein könnte.

Remsdorf, 28. März. (Ein Lebensmittelkäufer.) Der Bäckermeister August Hartung von hier hat Brot durch Zufall von einem Prozent Holzmehl veräußert. Der Angeklagte wurde vom Landgericht Magdeburg wegen fahrlässigen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz in Anbetracht der Vorbestrafung zu 600 Mark Geldstrafe oder 120 Tagen Gefängnis verurteilt.

Wahlkreis Serichow 1 und 2.

Burg, 28. März. (Kriegsflüchtlinge.) Der Magistrat hat folgende Beschlüsse gefasst: Infolge oberbehördlicher Anordnung darf die Entnahme der Speisen aus der Kriegsflüchtlinge nur gegen entsprechende Anrechnung von Lebensmittelkarten, Fleisch- oder Kartoffelkarten erfolgen. Infolgedessen wird von der laufenden Woche an für jede Speise mit Fleisch 1/10 Wochenanteil der Fleischkarte für 1 Liter Essen angerechnet. Künftig hat die Vorlegung der Fleischkarte bei Öffnung der neuen Wochenkarte im künftigen Lebensmittelamt zu erfolgen.

Wahlkreis Oßersleben-Halberstadt-Bernigerode.

Halberstadt, 28. März. (Schlachthof-Freidank.) Am Donnerstag erfolgt die Fleischausgabe für die Nummern 501-950 und am Sonnabend von 951 bis 1100. Verkaufszeit von 9 bis 1 Uhr.

(Budget.) Für den Monat März gelangt auch pro Kopf 1/2 Pfund Butter zur Verteilung, welcher auf Lebensmittelkarte 57 in den durch Auszahlung gekennzeichneten Geschäften zu haben ist. Lebensmittelkarte 49 gilt nicht mehr.

(Städtische Kriegsflüchtlinge.) Der Umfang der Kartoffelkarten und die Abgabe der Kartoffeln findet nachmittags von 3 bis 8 Uhr in der Küche unter den Weiden statt und zwar am Mittwoch für die Teilnehmer mit dem Ausweisbuchstaben A-D, am Donnerstag J-R, am Freitag S-Z. Bei an den genannten Tagen keine Kartoffeln abgeholt noch Kartoffelkarten statuiert, kann in der kommenden Woche kein Essen erhalten.

(Fortgesetzte Lebensmittelkarten.) haben seit geraumer Zeit mehrere Frauen begangen, die in den Militärflüchtlingen als Nachkommen tätig waren. Bei einer Durchsichtigung ihrer Wohnungen wurde eine große Menge 'gekaufter' Lebensmittelkarten vorgefunden.

(Schwarzergerichte.) Auf vorläufige Brandhaftung lautet die Anklage gegen den 19-jährigen polnischen Arbeiter Anton Bedarek. Er hat seine Arbeitskarte bei der Firma Wierzbowski in Ordnung ohne Erlaubnis des Dienstherrn verlassen, was ihm schon einmal 6 Monate Gefängnis einbrachte. Bei dem letzten Verlassen der Arbeitskarte hat er einen Streifen ausgeschnitten. Die Geschworenen bejahen die gefällten Schuldforderungen, worauf seine Verurteilung zu 3 Jahren Gefängnis erfolgt.

Oßersleben, 28. März. (Ein Heiratsvertrag.) brachte in den letzten Tagen bei verschiedenen Firmen durch Veräußerung früherer Leihgaben und unter jählichem Ausmaß Geld zu erheben. Jeder gelang ihm das Mandat in einem Jahr, wo er 20 Mark erhielt. Auch der Heiratsvertrag wurde er jählich. Durch die sofort angelegten Ermittlungen wurde festgestellt, dass man es mit einem mehrfach wegen desselben Vergehens verurteilten Fabrikarbeiter aus Bernigerode zu tun hatte.

Bernigerode, 28. März. (Sozialdemokratischer Verein.) Die am Sonntag abgehaltene Versammlung war kräftig besucht. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Delegierten von der Kreisversammlung. Genosse Reiffel leitete in längeren Ausführungen die dort gefassten Beschlüsse und erläuterte ferner Entschlüsse zu den Streikfragen sowie die von der Generalversammlung angenommene Resolution. Genosse Hajung verteilte seine eingehende Meinung und erklärte die Gründe, die ihn bewegen haben, gegen die Resolution zu stimmen. Er meinte, dass die Forderung der Streikfrage durch die Forderung einer Streikbewegung politischer Natur und auch zu

schaffen, um dadurch die kommenden Wahlen vorzubereiten, anders sei die große Mehrheit der Landwirte gegenüber nicht zu erklären. Er ist der Ansicht, dass die Haltung der Delegierten auf der Generalversammlung auf die Schwärze der 'Vollstimmte' zurückzuführen sei. In der lebhaften Diskussion erklärte Genosse Rayha, dass er zwar nicht alles billigen könne, was die Mehrheit getan habe, trotzdem ist er entschiedener Anhänger derselben. Ohne Disziplin und Unterordnung unter die Befehle der Mehrheit könne keine Partei existieren. Die Ministerarbeit der Minderheit sei Wasser auf die Mühlen unserer Gegner, die schon längst auf eine Spaltung der Partei geschickt haben. Genosse Schmidt glaubt, dass die aus dem Felde zurückkehrenden Genossen der Politik der Mehrheit nicht zustimmen. Genosse Riewerth ist der Ansicht, dass die in Halberstadt am Bernigeroder Parteiverhalten geübte Kritik wohl etwas übertrieben sei. In prozentualer Beitragsleistung ließe Bernigerode nicht am schlechtesten da. Die Erfahrung habe ihn gelehrt, dass der Radikalismus allein nicht ausreicht, eine allgemeine Verarmung aufzuhalten. Neben hält an seiner Ansicht fest, dass die Minderheit von der Mehrheit vergewaltigt sei. Er ist ferner der Meinung, dass die Abstimmung der Delegierten die Stimmung der einzelnen Orte nicht widerspiegeln. Die Bestätigung, dass der Wahlkreis durch eine radikale Politik gefährdet würde, teile er nicht. Nach einigen weiteren Ausführungen verschiedener Redner wurde der vorgerückten Zeit wegen die Debatte geschlossen. Unter Verchiedenem wurde von einem Genossen angeführt, dass die Firma Waldhelm ihren weiblichen Arbeitern Stundenlöhne von 15 bis 16 Pf. zahle. Es sei bedauerlich, dass sich noch weibliche Arbeitskräfte für solchen Lohn finden. Auf eine Anregung aus der Versammlung wurde beschlossen, in nächster Zeit eine öffentliche Volksversammlung abzuhalten, die sich mit der Ernährungsfrage beschäftigen soll.

Wahlkreis Kalbe-Neubarnleben.

Neubarnleben, 28. März. (Arbeits- und Dienstflüchtlinge.) Die Polizeiverwaltung gibt bekannt, dass am 2. April Arbeits- und Dienstflüchtlinge insolge von andern dringend zu erledigenden Arbeiten im Polizeibureau nicht ausgefertigt werden. Die Ausfertigung erfolgt an allen übrigen Tagen nur vormittags. Von denjenigen, die am 1. April in ein Dienst- oder Wohnverhältnis treten wollen, ist dies zu beachten.

(Lebensmittelversorgung.) Lebensmittelkarten-Abchnitt Nr. 11 verliert am Mittwoch abend das Bezugsrecht, soweit Schneiderröhren in Frage kommen. Die in den Geschäften dann noch vorhandenen Schneiderröhren dürfen von Donnerstag an freihändig verkauft werden. Die bei der Kartoffelkarte zur Erledigung zurückerhaltenen Kartoffelkarten können von Freitag vormittags an wieder abgeholt werden.

(Die Kaninchen diebstähle) häufen sich in recht erheblichem Maße. In der Nacht zum Dienstag wurden wieder drei Kaninchen aus einem Schrebergarten an der Hedinger Straße gestohlen. Als Täter wurden die beiden 15-jährigen Arbeiterburischen L. und D. von hier ermittelt. Zwei Kaninchen hatten sie bereits an belgische Sejaner für 16 Mark verkauft. Ein Kaninchen konnte dem L. wieder abgenommen werden, ebenso der größte Teil des Ertrages.

Großsalze, 28. März. (Steuerzuschläge.) Die Stadtverordneten beschlossen in der letzten Sitzung die Steuerzuschläge für das Jahr 1917. Es wurden festgesetzt: für Einkommen-, Gebäude- und Grundsteuer je 195 Prozent, und die Heranziehung der fingierten Steuerhöhe von 240 bis 400 Mark. Die Betriebssteuer beträgt 43 Prozent, die Steuer der Forenzen um 175 Prozent.

Schönebeck, 28. März. (Ueberschreitung der Kartoffelhörspreise.) Der Landwirt Friedrich Buch von hier verkaufte in der Zeit vom 6. bis 14. August 1916 Kartoffeln und nahm für den Zentner 8,50 Mark, obwohl der Höchstpreis auf 7 Mark festgesetzt war. Wegen Ueberschreitung desselben erkannte das Schöffengericht auf 200 Mark Geldstrafe erst 20 Tage Gefängnis. Die Berufungskammer erhöhte diese Strafe auf 350 Mark erst 35 Tage Gefängnis.

Wahlkreis Stendal-Osternburg.

Osternburg, 28. März. (Ein Eisenbahnunglück.) das noch glückselig verlaufen ist, ereignete sich am Montag, abends 8 1/2 Uhr, auf dem Bahnhöf. In der Nähe des Ueberganges südlich der Station fuhr der Güterzug 152, von Stendal kommend, auf eine rangierende Güterzuglokomotive. Die Lokomotiven fuhren aufeinander, beide sind aus den Gleisen gesprungen und beschädigt. Die Fahrgäste kamen im allgemeinen mit dem Schrecken davon. Leicht verletzt wurde der Führer des Güterzugs und der Heizer des Güterzugs. Die Aufklärungsbereitschaft hat sofort eingeleitet, ein Haltezug von Stendal war bald zur Stelle, der Verkehr konnte eingeleitet aufrechterhalten werden.

Seehausen, 28. März. (Wegen Verfüllung von Freigeldern.) hatten sich am 15. Februar vor dem Schöffengericht Seehausen der Postbote Friedrich Rixte und dessen Ehefrau aus Klein-Sanger zu verantworten. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 50 Mark für den Ehemann und auf eine solche von 70 Mark für die Ehefrau. Wegen dieses Urteils legt der Rechtsanwalt Verneung ein. In der Verhandlung vor dem Landgericht Stendal wurden beide zu je 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Langensalza, 28. März. (Diebstahl.) Im Keller der Gastwirtschaft Stendal Hof fand in einer der letzten Nächte über zwanzig

Flaschen Wein und Spirituosen und zehn Büchsen Wurst entwendet worden. Die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Wahlkreis Salzwedel-Bardeleben.

Salzwedel, 28. März. (Wegen Urkundenfälschung.) hat sich der 49-jährige Rechtskonsulent Franz Wend von hier vor dem Landgericht in Stendal zu verantworten. Er ist ihm zur Last gelegt, drei Privaturkunden (Schuldscheine) fälschlich angefertigt und davon Gebrauch gemacht zu haben, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Der Angeklagte hat den ersten Schuldschein am 14. Dezember 1915, auf 6000 Mark lautend, und den zweiten, auf 3500 Mark lautend, ausgefertigt. Der dritte Schuldschein lautete auf 3600 Mark. Von den Schuldschein, die sämtlich auf den Landwirt Sch. in Bardeleben ausgefertigt sind und auch mit dessen eigenem Unterschrift versehen waren, hat er dem letzteren verschickt. Das Urteil lautete auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Von der Zuchthausstrafe sind 4 Monate durch die erlassene Untersuchungshaft verbüßt.

Salzwedel, 28. März. (Töblicher Podensall.) Das an Podens erkrankte und ins Kreiskrankenhaus eingelieferte 7-jährige Mädchen ist jetzt verstorben.

Kleine Chronik.

Die Folgen einer Zeppelin-Bombe.

Letzte Woche tragte die Einfirma H. G. u. S. Rogers, Herrenartikelgeschäft in Amsterdamburg, auf 760 000 Mark Schadensersatz gegen eine Versicherungsgesellschaft, weil das Geschäftshaus am 8. September 1915 von einer Zeppelin-Bombe in Brand geschossen war.

Explosion in Siebenbürgen.

Eine Erdgasausströmung führte in der siebenbürgischen Stadt Lörda zu einer Explosion, durch die drei einstöckige Häuser zum Einsturz gebracht wurden. Bis her zählt man elf Tote, zehn Schwerverwundete und mehrere Leichtverletzte.

Briefkasten.

Brief einer Mutter. Sie müssen den Sachverhalt schildern und die Adresse angeben, sonst läßt sich nichts machen.

Gefreiter Pf. Brämien für im Krieg geborene Kinder gibt es nicht. Ihre Frau soll sich beschwerdeleitend an den Magistrat in Oßersleben wenden.

Waldschutz. Nach unserer Ansicht haben auch die weiblichen Holzarbeiter Anspruch auf die Teuerungszulage.

H. L. Endenburg. Darüber jetzt etwas zu veröffentlichen, sind wir nicht in der Lage.

Wettervorhersage.

Donnerstag, 29. März: Volkig, milde, mit geringen Niederschlägen.

Wasserstände.

Table with 4 columns: Location, Date, Water Level (above/below), and other metrics. Includes locations like Salze, Elbe, and various rivers.

Teppiche advertisement by J. Sorger, featuring various types of carpets and rugs.

Guericke-Oberrealschule zu Magdeburg advertisement, detailing school information and exam dates.

Advertisement for 'Danf' (Danf) featuring a portrait of a man and text about a benefactor.

Advertisement for 'Haar' (Hair) products, including hair oil and other grooming items.

Advertisement for 'Wer seinen Goldschmuck' (Who has his gold jewelry), promoting a shop or service.

Advertisement for 'Karl Schreyer' and 'Frau Schreyer geb. Pollack', including a notice of death and funeral arrangements.

Large advertisement for 'Zur Jugendweihe und Konfirmation' (For youth dedication and confirmation), offering gifts and services.

Advertisement for 'Deutscher Metallarbeiter-Verband' (German Metalworkers' Union), including information about a meeting and a benefactor.

Advertisement for 'Verband der Schneider und Schneiderinnen' (Association of Tailors and Tailoresses), mentioning a meeting and a benefactor.